

Café Kompanera

Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen

(gilt nicht für die Mittagspause) 11³⁰ - 13⁰⁰ Uhr

closed

Welcome

Nr. 17 Dezember 2000

Großer Bruder Du bist immer da ...

Big Brother einmal andersherum: Nicht im Container, sondern vor dem Container sollen in Braunschweig künftig Videokameras installiert werden, die rund um die Uhr laufen. Und gewinnen kann man auch nichts – selbst wenn man wie John, Sladdi, Jürgen, Marion, Christian, oder Harry seine Fresse in die Kameras hält und dumme Sprüche reißt. Im Gegenteil: Statt einer Viertelmillion Siegerprämie winken bis zu 10 000 Mark Strafe. Veranstaltet wird das Ganze auch nicht von Endemol-Entertainment, sondern vom Stadtreinigungsamt. Das will nämlich mit Videokameras die Wertstoff-Container im Stadtgebiet überwachen. Im Visier: gemeingefährliche, kriminelle Elemente, die dort nicht ihre Flaschen vom letzten Saufabend der Wiederverwertung zuführen, sondern auch ihren sonstigen Müll abladen.

Also: Wenn der Altpapier- oder Glascontainer mal wieder voll ist, besser nicht einfach die Flaschen daneben stellen. Und vor allem die nützlichen Tipps der Braunschweiger Zeitung beachten: “Wer nicht aufs Videoband möchte: entweder er tarnt sich mit einer Kapuze – oder erschleppt seinen Müll zum nächsten Container” (BZ vom 14.10.2000). Ein guter Tipp - der, wie einige lichtscheue Elemente zu berichten wissen – nicht nur vorm Altglascontainer nützlich ist. Denn Videoüberwachung gibt‘s auch anderswo (und das meist ohne Hinweisschild). Im Bahnhof, am John-F.-Kennedy-Platz, im Horten-Tunnel, an den Straßenbahnhaltestellen, auf dem Burgplatz ... an Geschäften, Banken, Privathäusern. Doch nicht nur die Videoüberwachung öffentlicher Räume nimmt ständig zu. Ob beim Einkauf, beim Surfen im Internet oder bei der Bank. Überall werden Informationen über uns gesammelt und gespeichert. Kundenprofile und Marktforschung sollen den “gläsernen” Kunden schaffen. Ob aufladbare Geldkarten, Kundenkarten von Kaufhäusern etc. oder Payback-Karten (Payback kommt als Rabattkarte daher, dient aber einzig dazu, personalisierte Daten zum Kaufverhalten von Tausenden von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu gewinnen und kommerziell zu nutzen, ohne daß diese darüber informiert werden),



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint monatlich in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

gespeichert wird wo und wann man was gekauft hat. Aus den gesammelten Informationen der Einkaufsgewohnheiten erhoffen sich die Konzerne einen Vorteil in der Konkurrenz untereinander.

“Big Brother is watching you” – es gab mal eine Zeit, da war dies nicht der Werbeslogan einer Fernsehshow, sondern Synonym für den Alptraum eines totalen Überwachungsstaat. George Orwell prägte den Begriff des “Großen Bruders” durch seinen Roman “1984”: “Mit atemberaubender Unerbittlichkeit zeichnet der Autor in diesem visionären Roman das erschreckende Zukunftsbild einer durch und durch totalitären Gesellschaft, die bis ins letzte Detail durchorganisierte Tyrannei einer absolut autoritären Staatsmacht”, heißt es im Klappentext der Taschenbuchausgabe (Ullstein-Verlag, ISBN 3 548 03253 2).

Nun werden die Wenigsten das Gefühl haben, in einer “totalitären Gesellschaft” und durchorganisierten “Tyrannei” zu leben. Dass Diktaturen danach drängen, ihre Untertanen zu überwachen, erscheint einleuchtend, warum aber nimmt die Überwachung in einer “freien” und “offenen” Gesellschaft zu, wie es die sein soll, in der wir leben? Die Antwort, die uns darauf gegeben wird, ist einfach: Die Überwachung des öffentlichen Raums, die Sicherheitsdienste und die Polizei dienen dem Schutz und dem Wohl der Gesellschaft und ihrer BürgerInnen. Und die BürgerInnen haben Angst und fühlen sich bedroht und diese Angst wird tagtäglich durch Politik und Medien geschürt: Angst nachts durch die Straßen zu gehen, Angst überfallen zu werden. Sie fühlen sich bedroht durch herumlungernde Jugendliche, Obdachlose, Bettler, Flüchtlinge, MigrantInnen. Mehr Videoüberwachung, mehr Polizei, mehr private Sicherheitsdienste, härteres Durchgreifen – die Forderungen des Staatsapparates, der Wirtschaft und großer Teile der Bevölkerung sind die gleichen. Und so erscheint die zunehmende Überwachung nicht als Überwachungsstaat, sondern als Schutz der Bürger vor Bedrohung. Schaut man sich an, vor wem der Spießbürger Angst hat und wer aus den Innenstädten von Sicherheitsdiensten und Polizei verdrängt wird, wird deutlich, dass es sich hier um soziale Gruppen handelt, die “unproduktiv” sind und/oder nicht als zahlungskräftige Konsumenten fungieren. Und genau darum geht es: Ausgrenzung und Stigmatisierung all derjenigen die unproduktiv sind. Öffentliche Plätze und Straßen sollen nicht dem Leben und sozialen Kontakten aller Menschen dienen, sondern nur dem reibungslosen Konsum. Für eine kleine Verschnaufpause während des Einkaufens darf man sich dort sicher noch aufhalten. Für diejenigen, die den ganzen Tag dort rumhängen und höchsten ihr Bier von Aldi konsu-



mieren, soll dort kein Platz sein. Der öffentliche Raum in den Innenstädten wird durchorganisiert für den reibungsvollen Konsum. Und das Auge der Kamera wacht darüber, dass Störung erkannt und beseitigt werden.

Interessant an der Kameraüberwachung der Müllcontainer in Braunschweig ist eigentlich nur eins: dass es plötzlich daran auch von bürgerlicher Seite Kritik gibt. Bisher hat die zunehmende Videoüberwachung die Braunschweiger Zeitung nicht gestört. Jetzt, da die Müllcontainer überwacht werden, erscheinen dort kritische Kommentare. Nun, vielleicht weil der brave und anständige Bürger der seinen Müll ordentlich und sauber trennt, das eine oder andere Mal – wenn der Container voll war – die Flaschen und alten Zeitungen auch schon mal neben den Container gestellt hat?

Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn!

“Glauben wir den Utopien des technologischen Fortschritts von gestern, sind wir jetzt glücklich. Wir sind glücklich, uns in der Warenwelt auf den KundInnen- und Kreditkarten in handliche KonsumentInnendaten zu verwandeln, auf deren Basis unsere genauen Wünsche und Bedürfnisse in Gegenwart und Zukunft genauer bestimmt werden, als uns selbst das möglich wäre. Wir freuen uns auf den e-commerce, auf daß er uns leite, lenke und transparenter mache, für jene die uns unser Wohl anbieten. Wir lieben solchen Service, der sich automatisch unseren Möglichkeiten anpaßt. So macht Konsum Spaß und wird nicht fade.

Wir sind glücklich, daß die Atmosphäre in den Innenstädten wieder stimmt. So clean und rein sollte es überall sein. Citymanagement mit Musik und Spaß und Lasershow ist nicht eine neue Version von Brot und Spiele, sondern die auf Attraktivität bedachte Außenrepräsentation eines Standortes. Eine Investition zum Nutzen aller, die solche Veranstaltungen lieben. Eine



Segnung des Kapitalismus, die nur aufrecht erhalten werden kann, wenn der ansprechende Eindruck nicht durch PennerInnen, PunkerInnen, Orientierungslose oder sonstige das Konsumanliegen schädigende Persönlichkeiten zerstört wird. Der Sicherheitspartner gehört zum Standard, sorgt für hemmungsloses Vergnügen und reibungslose Abläufe. Erlaubt ist was nützt, die Einbeziehung von Plätzen und Straßen in geschäftliche Gemeinschaftsprojekte ist unerläßlich.

Wir sind glücklich, daß die weltfremden Vorstellungen der Vergangenheit überholt sind, die das Böse im Einzelnen nicht anzuerkennen bereit waren. Heute wird nicht mehr auf die problemlösende Zukunft verwiesen, sondern Kriminalität und Verwahrlosung entschieden entgegengetreten. Der Staat nimmt seine Aufgaben endlich wieder ernster. Kommunen stellen aus dem Arbeitslosenheer mit dem nötigen Druck rekrutierte Kolonnen bereit, die nicht nur die Spuren von Vandalismus und Verschmutzung beseitigen, sondern auch ein wachsames Auge als zusätzlicher Ordnungsdienst auf alles werfen, was sich tut.

Wir sind glücklich, daß diese Bemühungen für eine allgemeine Verbesserung der Lage, gegen Drogenhandel wie Schwarzfahren, unangeleinte Hunde wie Diebstähle, Hütchenspiel wie Autoklau, von der Polizei mit dem Einsatz von social engeneering und HighTechnology unterstützt wird. Wo etwas geschehen kann, muß das Auge des Gesetzes schon sein. Prävention kann nicht länger soziale Fürsorge oder ständige Lebenshilfe sein, sondern muß in polizeiliche Kontrolle übersetzt werden. Technologisch durch Einsatz von Fahndungsdaten und Videotechnik, sozialtechnisch durch Wissensvergleich mit sozialen Einrichtungen, Ämtern und Institutionen, die intime Kenntnisse über relevantes Klientel besitzen. Niemand soll sich länger durchmogeln können, wenn das nötige Wissen zur Festsetzung irgendwo existiert.

Wir sind glücklich, über die Enttabuisierung nicht nur bei der Vernetzung der Institutionen, sondern auch dem Einsatz technologischer Ergebnisse zur Sicherheit aller. Harrt die Nutzung der Gentechnologie in der Medizin noch der Entdeckung ihrer Möglichkeiten, ist der Aufbau von Gendatenbanken zur Verbrecherjagd schon Wirklichkeit. Der mit erheblichem Hin und Her beschlossene große Lauschangriff hingegen stellt in Bezug auf das, was technisch möglich ist, nur einen symbolischen Schritt dar. Die akustische Raumüberwachung wäre heute ähnlich flächendeckend möglich wie die Telefonüberwachung. Von den Möglichkeiten einer visuellen Überwachung ganz zu schweigen."

Dies ist die ironische Einleitung des Aufrufs zur Demonstration "Save the Resistance – gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn" des Bündnis gegen Rechts und des Autonome Frauenblock Leipzig aufgerufen hatten. Rund 3000 Menschen – hauptsächlich aus antifaschistischen und linksradikalen Gruppen – demonstrierten unter massiver Begleitung der Polizei gegen die zunehmende

Überwachungsgesellschaft und die Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Wie zum Beweis zunehmender staatlicher Videoüberwachung filmten zahlreiche Dokumentationstrupps der Polizei ununterbrochen. Um den Demonstrationszug war ein ständiger Aufzug von Polizisten in Kampfmontur und ein Heer von Videokameras. Zusätzlich zu den fest installierten Überwachungskameras in der Leipziger Innenstadt waren mobile Kameras auf Hausdächern entlang der Route angebracht worden. Und damit auch kein Demonstrant hinter einem Transparent ungefilmt blieb, waren Seitentransparente verboten. Dennoch wurde mehrmals versucht auch an den Seiten Transparenten zu zeigen. Dies endete jedoch stets mit einem massiven und gewalttätigen Einschreiten der Bullen. Den lesenswerten Aufruf zur Demonstration gibt es übrigens im Internet unter http://www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr.



Todesfasten in der Türkei – Kampf gegen die Isolationshaft

Seit dem 20. Oktober diesen Jahres befinden sich in der Türkei mehrere tausend revolutionäre politische Gefangene in einem unbefristeten Hungerstreik. Anlass hierfür ist die geplante Einführung eines neuen Gefängnistyps in der Türkei, des sogenannten F-Typ Gefängnisses, bzw. die unmittelbar bevorstehende Verlegung, vor allem der politischen, Gefangenen in diese Anstalten. Etwa 250 Gefangene haben ihren Hungerstreik inzwischen in ein Todesfasten verschärft, mit der klaren Aussage: Eher sterben wir alle, als dass wir uns in die Isolationszellen bringen lassen. Hunderte soziale Gefangene in der Türkei und Dutzende Gefangene in Europa sind inzwischen in einen Solidaritätshungerstreik getreten.

Bei den Typ-F Gefängnissen handelt es sich um Isolationshaftanstalten mit Einzelzellen für ein bis zwei Gefangene. Die in der Türkei bestehenden Großzellen würden nach und nach aufgelöst, die Gefangenenkollektive und die Selbstorganisation zerschlagen. Dies würde bedeuten, dass sich die Gefangenen in Zukunft nicht mehr zusammen gegen die ständigen Über-

griffe und Massaker durch die Wärter wehren könnten, sondern ihnen allein gegenüberstehen würden. Auch wird ihnen die Möglichkeit genommen, ihr Leben gemeinsam und kollektiv zu organisieren, sich politisch weiterzubilden und zu diskutieren. Aber nicht nur das, Isolationszellen sind ein Mittel der schleichenden Vernichtung der Gefangenen, schwere körperliche und psychische Schäden treten schon nach kurzer Zeit auf. Durch die fortdauernde Isolationsfolter sollen die Gefangenen vereinzelt, in ihrem Willen gebrochen und schlussendlich als seelenlose Wesen in den Gefängnissen dahinvegetieren, wenn sie nicht vorher an der sogenannten weißen Folter, der Isolation, sterben.

Wenn man sich nun fragt, wie diese Verschärfung des Strafvollzuges in der Türkei mit der vermeintlichen "Demokratisierung und Europäisierung", die dieser Staat immer vorgibt, um in die europäische Union aufgenommen zu werden, zusammenpasst, ist die Antwort recht einfach. Die neuen Isolationshaftanstalten, die psychische Vernichtung der Gefangenen, ist der europäische Gefängnisstandard, der beispielsweise in der BRD in den siebziger Jahren eingeführt wurde. Bereits 1990 waren türkische Beamte in der BRD zu Gast, um sich Haftanstalten wie Stuttgart-Stammheim, Köln-Ossendorf oder Weiterstadt anzusehen, in denen seit Jahrzehnten die Isolationsfolter praktiziert wird. Vor allem gegen die revolutionären Gefangenen aus der RAF, der Bewegung 2. Juni und den Revolutionären Zellen wurde dieses Mittel der Vernichtung praktiziert, später auch bei anderen politischen Gefangenen. Die Wissenschaftlichen Erkenntnisse, die dabei gesammelt wurden, dienten zur weiteren Vervollkommnung des Folterkataloges, und werden bereitwillig exportiert, etwa nach Spanien, Nordirland und jetzt schließlich in die Türkei.

Die "Europäisierung" dabei ist das Ersetzen der roten Folter, die momentan



noch in der Türkei vorherrscht, also Schläge, Elektroschocks und diverse andere körperliche Peinigungen durch eine nach außen nicht sichtbare Form der Folter, die sogenannte “weiße Folter”. Die Isolation hinterlässt keine Prellungen, Brandwunden oder blutende Verletzungen, das angestrebte Ziel, die Vernichtung des Inhaftierten, ist aber das gleiche.
Bisherige Versuche, die Isolationshaftanstalten in der Türkei einzuführen sind an der massiven Gegenwehr der Gefangenen gescheitert, bei einem Todesfasten im Jahre 1996 sind 12 revolutionäre Gefangene gefallen, bevor der türkische Staat einsehen musste, dass ein stillschweigendes Überführen der Gefangenen in die Vernichtungshaft nicht mehr möglich ist. Auch diesmal soll es dem türkischen Staat nicht gelingen.

Angst vor Protesten ....

Schreibtischtäter blieb am Schreibtisch

“Harmonisierung des europäischen Asylrechts” – Zu diesem Thema lud die Flüchtlingshilfe Braunschweig am 15.10. zu einer Podiumsdiskussion ins Landesmuseum. Als special guest erwartete man eigentlich Hans-Herman Gutzmer, den Leiter des niedersächsischen Dezernats für Ausländerfragen im Innenministerium. Gutzmer ist nicht nur Vertreter einer Behörde, die für die staatliche Version der Parole “Ausländer raus” sorgt und Flüchtlinge abschiebt, diskriminiert und kriminalisiert, sondern ist auch noch persönlich ein besonders “engagierter” Schreibtischtäter. Doch Gutzmer kam nicht. Und so blieb die Veranstaltung weitgehend harmonisch. Erwartet hatte man dies offensichtlich nicht. Tage zuvor kursierte das Gerücht antirassistische und antifaschistische Gruppen wollten den Auftritt von Gutzmer stören. Auch den Lauschern des Innenministeriums kamen diese Gerüchte zu Ohren. Der Flüchtlingshilfe kündigte die Polizei an, sie werde deshalb mit einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei das Landesmuseum sichern und Einlasskontrollen durchführen. Das Hausrecht liege außerdem an diesem Tag bei der Polizei.

Zwickmühle

Nun befand sich die Flüchtlingshilfe in der Zwickmühle. Eine Ausladung Gutzmers – wie von einigen Gruppen gefordert - wäre ein Affront gegen die Landesregierung gewesen. Und auf deren Gelder ist man für die Arbeit der Flüchtlingsberatung angewiesen. Die Veranstaltung wie geplant durchzuführen, hätte zu unschönen Szenen geführt, die auch dem grün-staatsalternativen Spektrum unangenehm gewesen wären: Polizei, die auf antirassistische DemonstrantInnen einprügelt, könnte die Frage aufwerfen auf welcher Seite die Flüchtlingshilfe eigentlich steht. Auf der Seite derjenigen die weiterhin gegen rassistische Sondergesetze und offene Grenzen und Bleiberecht für alle eintreten oder

auf der Seite eines Gutzmers, der mit eigens ausgedachten Schikanen und Projekten die Abschiebung und Entrechtung von Flüchtlingen vorantreibt. Nun sagte Gutzmer die Teilnahme an der Podiumsdiskussion von sich aus ab und blieb lieber an seinem Schreibtisch sitzen, als mit Protesten konfrontiert zu werden. So blieb auch der Flüchtlingshilfe eine weitere Auseinandersetzung über den Sinn und Zweck einer Diskussion mit einem Schreibtischtäter aus dem Innenministerium erspart.

Blauäugig?

Bleibt die Frage, welche Hilfe für Flüchtlinge sich die Flüchtlingshilfe aus einer Diskussion mit einem Vertreter des Innenministeriums erhoffte. Ist die Braunschweiger Flüchtlingshilfe tatsächlich so blauäugig zu glauben, mit Argumenten und einer sachlichen Diskussion würde man jemanden wie Gutzmer und sein Ministerium umstimmen können? Gerade das Refugium musste aus seiner tagtäglichen Arbeit wissen, dass die Schikanen und Diskriminierungen, die Verschärfung und rigide Auslegung der Gesetze für Flüchtlinge System haben und nicht aus der Unwissenheit eine Gutzmers resultieren. Fakt ist: Ziel der staatlichen Flüchtlingspolitik ist es, Flüchtlinge abzuschrecken, möglichst gar nicht erst in die BRD einreisen zu lassen und ihnen hier den Aufenthalt so unbequem wie möglich zu machen, damit sie freiwillig wieder gehen oder eben abgeschoben werden. Ein anderes Argument des Refugiums war, dass man Gutzmer auf dem Podium entlarven und ihm quasi seine menschenfreundliche demokratische Maske vom Gesicht reißen könnten. Jemand wie Gutzmer, der mit seiner Arbeit versucht, Abschiebungen von Flüchtlingen durchzusetzen, obwohl diese aufgrund deutscher oder internationaler Gesetze eigentlich ein Bleiberecht haben, den muß man nicht entlarven. Da wäre es sinnvoller, politische Initiativen, Aktionen und Proteste gegen die Politik des Innenministeriums zu organisieren, anstatt gemeinsame Diskussionen zu organisieren. Denn eine solche Diskussion gaukelt vor, es gäbe zwar

unterschiedliche Auffassungen, aber in einer demokratischen, sachlichen Diskussion könnte am Ende vielleicht etwas gemeinsames, konstruktives herauskommen. Wer sich parteilich auf die Seite der “Verdammten dieser Erde” stellt, die hierher flüchten, weil sie hoffen, ein besseres Leben führen zu können, worüber soll der mit Vertretern dieses Staates diskutieren und was von ihnen fordern? Endlich die rassistischen Gesetze abzuschaffen? Jeden, der hier leben möchte, über die Grenze zu lassen? Nun, damit werden diejenigen, die bewusst die Politik der Abschottung und Abschiebungen initiieren und tragen, kaum einverstanden sein. Was erwartet man sich also von einer solchen Diskussion mit Leuten wie Gutzmer? Etwas mehr Menschlichkeit im Umgang mit den Flüchtlingen? Genau darum drehte sich dann auf der Veranstaltung auch ohne Gutzmer immer wieder die Diskussion. Weil man sich in einigen grün-alternativen Kreisen offensichtlich längst mit der Realität der Festung Europa, mit Abschiebungen, Sammellagern etc. abgefunden hat, geht es diesen stetst moralisch Betroffenen nur noch darum, wenigstens die Abschiebepolitik etwas „menschlicher“ zu gestalten. Demnächst wenigstens ein paar freundliche Worte bei der Abschiebung? Ein paar Spielgeräte für die in Sammellager gepferchten Flüchtlingskinder?



Aufstehen. Aufstand. Anstand

Nun sind tatsächlich mal ein paar mehr aufgestanden: 300 000 Menschen waren es die unter dem Motto “Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz” am 9. November in Berlin auf die Straße gingen. So soll er also aussehen, der Aufstand der Anständigen. Politiker, BürgerInnen, Künstler, Eltern mit ihren Kinder, ... alle gemeinsam gegen Rechts. Oder gegen Nazis, oder Gewalt und Extremismus, oder gegen Faschismus und Rassismus? Ganz so einig war man sich da nicht. Vorneweg marschierte - nach langem Ringen mit sich selbst – auch die CDU. “Deutsche Leitkultur: Rassisten morden – der Staat schiebt ab!” wurde nicht nur der CDU auf zahlreichen Transparenten und Plakaten entgegengehalten. Hatten sich wohl ein paar unanständige Aufständische dazwischengemischt. Nun, dafür war dann die Polizei in Zivil zur Stelle und beschlagnahmte einige der Transparente und unanständigen DemonstrantInnen. Doch das Bild von Friede, Freude, Eierkuchen gegen rechts war schon getrübt. Im Fernse-

hen konnte man die kritischen Transparente allzu gut sehen, waren doch einige davon mehre Meter lang und breit. Und dann gibt es auch noch – wenn auch sehr sanft – verbale Ohrfeigen für die angetretene Politikergarde: “Meine Damen und Herren Politiker: Überlegen Sie, was Sie sagen und hören Sie auf, verbal zu zündeln!” und “Machen Sie Ihre demokratisch gewählten Politiker mitverantwortlich für das, was hier geschieht” mahnte in einer Rede der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel. Ob die Mahnung an die Politiker hilft? Otto Schily jedenfalls war auch da und zeigte Betroffenheit und Mitgefühl mit Menschen, die in diesem Land von den Nazis gejagt werden. Und am nächsten Tag war wieder voller Einsatz bei der Abschiebung der selben angesagt. Aber wichtig ist ja, dass Deutschland es den Nazis an diesem Tag mal so richtig gezeigt hat. Die waren übrigens am Samstag zuvor wieder mal durch Berlin marschiert. Von den Anständigen war da natürlich nichts zu sehen. Wäre ja vielleicht auch zuviel des Aufstandes, sich den Nazis entgegenzustellen. Außerdem gibt es dann ja auch Knüppelschläge von der Polizei. So jedenfalls erging es den 500 Menschen, die jenseits von staatlich organisierten Großdemonstrationen, am Samstag gegen die Nazis auf die Straße gingen.



Antifaschist beim Übermalen von Nazi-Parolen während des antifaschistischen Spazierganges zum Madamenweg am 21. Oktober 2000.

Aus dem Zitatenschatz der „anständigen“ und „unanständigen“ Rassisten:

“Wir sind so voll, wir können nicht einmal einer afrikanischen Ameise Asyl gewähren”

- Horst Niggemeyer (SPD)

“Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren - kommt nicht nach Baden-Würrtemberg, dort mußt ihr ins Lager”

- Lothar Späth (CDU/Ministerpräsident Baden-Würrtemberg)

“Bis ins letzte Negerdorf in Afrika muß das Signal von der ersatzlosen Streichung des Asylgrundrechts zu hören sein”

- Christian Käs (Vorsitzender der Republikaner in Baden-Würrtemberg)

“Die Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung sind überschritten” - Otto Schily (SPD/Innenminister)

“Schily hat nur ausgesprochen, was jeder vernünftige Mensch in Deutschland seit 20 Jahren weiß”

- Rolf Schlierer (Vorsitzender der Republikaner)

“Schönhuber vertritt weithin CSU-Positionen, gerade im Bereich der Ausländerpolitik. Der eigentliche Imitator heißt also Schönhuber”

- Max Streibel (CSU/Bayrischer Ministerpräsident)

“Deutschland ist kein Einwanderungsland und braucht daher auch kein Einwanderungsgesetz”

- Edmund Stoiber (CSU)

“Nach der Öffnung der Grenzen kam auch viel Abschaum, Kriminalität in die Stadt ... Es ist nun einmal so, daß dort, wo Müll ist, Ratten sind, und daß dort, wo Verwahrlosung herrscht, Gesindel ist. Das muß in der Stadt beseitigt werden” - Klaus Landowsky (CDU)

“Wer nicht pariert, der gehört gegebenenfalls gefesselt oder geknebelt, bis er den Zielort erreicht” - Hans-Jürgen Irmer (CDU Hessen)

"Wir müssen die Homogenität des deutschen Volkes wieder herstellen"
- Edmund Stoiber (CSU)

"Polen und Juden sind die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers"
- Heinrich Basilius Streithofen (Dominikanerpater und Berater Helmut Kohls)

"Die ungeregelte Zuwanderung von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und illegalen Einwanderer belastet die Sozialsysteme"
– Dieter Hundt (Präsident des Arbeitgeberverband)

"Diplomaten, Politiker und vor allem Geschäftsleute, Unternehmer und Wissenschaftler aus allen Ländern sind bei uns herzlich willkommen"
- Thesenpapier für den 13. Landesparteitag der Berliner CDU

Zitate entnommen aus:
Konkret 11/2000

In aller Kürze ...

Braun statt bunt?

Celler Nazis machen gegen Jugendtreff mobil

Das Bunte Haus in Celle. Ein selbstorganisierter Treffpunkt für viele Jugendliche. Skater, Rapper, Sprayer, Antifas und andere Jugendliche treffen sich dort. Grund genug für die örtlichen Nazis der “Kameradschaft 73” mobil zu machen. Sie möchten wohl lieber einen Jugendtreff Bauart “Deutsche Leitkultur”. Statt Grafittis eine Eckbank Modell “Deutsche Eiche” und Bilder röhrender Hirsche an den Wänden?

Den Nazis der Celler “Kameradschaft 73” – die nach außen hin stets bedacht sind, als zahme, bürgerfreundliche und politisch engagierte junge Menschen aufzutreten – ist in letzter Zeit durch diverse Medienberichte ihr freundliches Image abhanden gekommen.

Noch vor wenigen Monaten sorgte ein Flugblatt von Celler Antifas über die Aktivitäten der Kameradschaft für einigen Wirbel. Im Schussfeld standen damals die AntifaschistInnen. Die Polizei ermittelte gegen die VerfasserInnen des Flugblatts, die Presse empörte sich, dass dort Namen und Bilder der Nazis veröffentlicht wurden. Die Politiker in Celle spielten die Bedeutung der Kameradschaft herunter und sprachen davon, dass es keine organisierte rechte Szene in der Stadt gäbe. Erst als auch der „Spiegel“ über die “Kameradschaft 73” berichtete, änderte sich die Stimmung. Plötzlich bezeichnete auch die Lokalpresse die “Kameradschaft 73” als Nazis und berichtete über deren Bedeutung im faschistischen Netzwerk in der Region.

Mit der Gründung einer “Bürgerinitiative zur Schließung des Bunten Hauses” wollte sich die “Kameradschaft 73” nun wohl wieder etwas beliebter in der konservativ geprägten Kleinstadt machen. Immerhin hatte auch die CDU immer wieder die Schließung des Bunten Hauses oder die Streichung städtischer Zuschüsse gefordert. Am 1.11. wollten die Nazis nun unter dem Deckmantel der “Bürgerinitiative” mit einem Stand in der Innenstadt Unterschiften gegen das Bunte Haus sammeln. Viel Erfolg hatten sie dabei nicht. Mehr als drei Unterschriften dürften sie an diesem Tag kaum bekommen haben. Rund 80 AntifaschistInnen (einige auch aus Braunschweig) und BürgerInnen protestierten gegen den Stand der Nazis. Die Polizei hatte den Stand abgeriegelt. Links und rechts ein großes Polizeifahrzeug. Dazwischen die Nazis und vor ihnen eine Polizeikette, die die DemonstrantInnen davon abhielt, den Stand zu zerstören. Obwohl sichtlich bemüht, ihr in der Öffentlichkeit gern zur Schau getragenes Image als ordentliche und friedliche Bürger zu wahren, kam es gleich am Anfang zu Auseinandersetzungen. Ein

Trupp Nazis, der sich außerhalb der Polizeiabsperrung befand, griff einige DemonstrantionsteilnehmerInnen an. Die Nazis mussten sich jedoch aufgrund der Gegenwehr einiger Antifas schnell wieder in ein Kaufhaus verziehen. Die Bullen ließen es sich daraufhin natürlich wieder einmal nicht nehmen, auf diejenigen einzuprügeln, die sich gegen die Nazis zu Wehr gesetzt hatten.
Wohl etwas hungrig geworden durch stundenlanges Rumstehen an ihrem kaum besuchten Infostand, verließ eine handvoll Nazis etwas später die sichere Polizeiabsperrung um sich Pommes zu holen. Ihr Hunger wurde jedoch kaum gestillt: Auf dem Rückweg stellten sich ihnen einige Antifas in den Weg und bei der darauffolgenden Rangelei flogen die meisten Pommes ungegessen zu Boden.
Fazit des Tages: Kein Erfolg und ein leerer Bauch für die Nazis.



Mißliebige Töne

Konzert- und Kulturveranstaltungen sind normalerweise nicht gerade Veranstaltungen, in denen die politische Abteilung der Kriminalpolizei staatsfeindliche Aktivitäten vermutet. Wenn man allerdings ein Konzert für Flüchtlinge organisiert scheint dies Anlass genug für Befragungen und Observationen zu sein. So jedenfalls erging es dem Antirassistischen Bündnis Braunschweig. Diese hatte für den 20.10. ein Konzert vor der Zentralen Anlaufstelle für Flüchtlinge (ZAST) angemeldet. Nicht nur die politische Polizei wurde daraufhin aktiv und versuchte, den Anmelder über politische Gruppen und Zusammenhänge auszufragen (worauf diese natürlich keine Antwort bekam), sondern auch die zuständigen Behörden. Diese wollten das Konzert erst gar nicht genehmigen. Begründung: “Ausschreitungen alkoholisierter Flüchtlinge” würden befürchtet. Abgesehen davon, dass bei dem Konzert überhaupt kein Alkohol ausgeschenkt werden sollte, müsste mit dieser Argumentation der Braunschweiger Weihnachtsmarkt, das Münchner Oktoberfest und jedes Schützenfest verboten werden. Denn gerade bei solchen urdeutschen “Kulturveranstaltungen” kommt es regelmäßig zu Schlägereien zwischen Betrunkenen. Den Flüchtlingen zu unterstellen, sie würden sich bei einem Konzert betrinken und randalieren, ist nichts als rassistische Hetze. Letztendlich fand das Konzert mit 2 Musikgruppen und 100 BesucherInnen dann aber doch statt – wenn auch unter den wachsamen Augen der Polizei, des Wachdienstes der ZAST und deren sozialpädagogischer Helfershelferin. Ein Konzert für Flüchtlinge erscheint manchen Beamten eben doch als möglicherweise staatsgefährdend.

Termine:



16. Januar 2001
Veranstaltung mit Freek Huisken
„Mit dem geachteten Nationalismus gegen den geächteten Nationalismus“
19 Uhr Raum PK 4.7
Altgebäude TU Pockelsstraße